

# Noch NGO oder schon Partei?

Die Steuerbefreiung von politisch aktiven Organisationen wie Greenpeace gerät unter Druck – es geht um sehr viel Geld



Mit einem Sonnentransparent samt Friedenstaube in der Nähe des Atomkraftwerks Beznau fordert Greenpeace 2022 einen massiven und schnellen Ausbau der Solarenergie.

MICHAEL BUHOLZER / KEYSTONE

ZENO GEISSELER

Die Schweiz ist eine Wiege der Wohltätigkeit. Alleine im Kanton Zürich gibt es über 6000 staatlich registrierte Institutionen, die sich für die Allgemeinheit einsetzen. Die öffentliche Liste ist 195 Seiten lang und reicht vom Abenteuerspielplatz Holzwurm in Uster bis zu den Zürcher Sängerknaben. Für ihr gemeinnütziges Wirken werden diese Gruppierungen vom Staat belohnt: Sie sind steuerbefreit.

Nicht in den Genuss dieser Bevorzugung kommt eine Organisation, wenn sie politisch tätig ist. Dies, weil sich der Staat gegenüber politischen Gruppierungen neutral verhalten muss. Eine steuerliche Privilegierung könnte als Beeinflussung gewertet werden. Aus diesem Grund müssen zum Beispiel Parteien allfällige Gewinne versteuern.

Rechtlich wacklig ist die Situation bei grossen NGO wie Greenpeace. Sie sind zwar auch für die Allgemeinheit tätig, indem sie sich etwa für den Umweltschutz

einsetzen. Gleichzeitig sind sie aber in den letzten Jahren zunehmend politisch aktiv geworden, etwa im Rahmen der Konzernverantwortungsinitiative.

Trotzdem sind auch sie in der Zürcher Liste der steuerbefreiten Organisationen eingetragen. Warum ist das so? Das wollten drei bürgerliche Zürcher Kantonsparlamentarier im Frühling vom Regierungsrat wissen. Dieser nahm dazu nicht konkret Stellung. Die Regierung berief sich darauf, dass sie aufgrund des Steuergeheimnisses keine Auskunft zu einzelnen Institutionen geben könne.

## Klare Antworten gefordert

Nun doppelten die Kantonsräte Doris Meier (FDP), Marcel Suter (SVP) und Thomas Anwander (Mitte) nach. In einem Postulat, das sie an diesem Montag im Parlament einreichen, fordern sie von der Regierung klare Antworten. Sie soll einen Bericht erstellen, nach welchen Kriterien das kantonale Steueramt die Gemeinnützigkeit von

Organisationen beurteilt. Dies insbesondere, wenn diese auch wirtschaftlich oder politisch aktiv sind. Die Regierung soll darlegen, ob Institutionen mit vergleichbarer Struktur gleich behandelt werden. Dieser Punkt ist nicht ganz unwesentlich, denn es gibt Hinweise darauf, dass es keine einheitliche Auslegung gibt.

Darauf jedenfalls deutet ein Experiment hin, das Journalisten des «Nebelspalters» vor vier Jahren durchgeführt haben. Sie ersuchten das Zürcher Steueramt damals um eine Steuerbefreiung für eine neu zu gründende Organisation, die Stiftung Freunde der Freiheit. Der «Nebelspalter» reichte dazu die Statuten der Stiftung ein. Die Steuerverwaltung lehnte eine Steuerbefreiung ab. Der Grund: Die Freunde der Freiheit strebten keine gemeinnützige Tätigkeit an, sondern seien eine politische Organisation.

Was das Steueramt nicht wusste: Die Statuten der Freunde der Freiheit waren eins zu eins von Greenpeace übernommen worden, also von einer steuerbefrei-

ten NGO. Eine kleine Änderung gab es einzig im Stiftungszweck. Dort wurde der Begriff «Natur-, Umwelt- und Tierschutz» durch «Freiheitsschutz» ersetzt.

Wie die Zürcher Behörden eine Organisation einstufen, ist weit über den Kanton hinaus von Bedeutung, denn die Steuerbefreiung gilt für die ganze Schweiz. Unter den Kantonen ist es ausserdem Usanz, dass nur der Sitzkanton überprüft, ob eine Organisation die Bedingungen erfüllt. Dies musste etwa die St. Galler FDP erfahren, als sie von der dortigen Kantonsregierung wissen wollte, ob Greenpeace die Steuerbefreiung missbrauche. Der St. Galler Regierungsrat antwortete, dass der Hauptsitz von Greenpeace Schweiz im Kanton Zürich liege. Der Kanton St. Gallen anerkenne die im Kanton Zürich für Greenpeace ausgesprochene Steuerbefreiung.

Für Greenpeace Schweiz wäre ein Verlust des Steuerprivilegs ein finanzielles Risiko. Dies weniger, weil Greenpeace selbst Steuern bezahlen müsste, sondern mehr, weil ihre Spender eine Überweisung nicht mehr von den Steuern abziehen könnten. Wenn eine Person aus der Stadt Zürich mit einem steuerbaren Einkommen von 100 000 Franken 2000 Franken spendet, dann sinkt ihre Steuerrechnung um rund 500 Franken. Sie bekommt also ein Viertel der Spende vom Staat zurück. Fiele dieser Steuerrabatt weg, würden viele wohl eine andere Organisation unterstützen. Greenpeace Schweiz nahm 2024 über 22 Millionen Franken von rund 120 000 Spendern ein.

Greenpeace sieht kein Problem in ihren politischen Aktivitäten. Man sei als Stiftung organisiert mit dem Zweck, «die öffentliche Wohlfahrt durch Bestrebungen im Natur-, im Umwelt und im Tierschutz zu fördern», so Geschäftsführerin Iris Menn. Man setze auf politische Arbeit zur Erreichung des Stiftungszwecks, sie stehe aber nicht im Vordergrund.

Die Frage ist, wie weit eine Organisation gehen kann, bevor sie ihren Sonderstatus verliert. Thomas Hug von Deloitte Schweiz ist ein Experte des Schweizer Steuersystems. Er sagt: «Unproblematisch ist es, wenn eine NGO ab und zu und nur reaktiv auf einen politischen Sachverhalt zu sprechen kommt.» So etwa, wenn sie sich in einer Vernehmlassung äussere oder ihre Meinung zu einer Volksinitiative abgebe.

Problematisch werde es dann, wenn sich eine NGO regelmässig proaktiv in die Politik einbringe. «Dies zum Beispiel,

wenn sie eine Volksinitiative mit einreicht oder Abstimmungsvorlagen finanziell und ideologisch sehr stark unterstützt», sagt Hug. «Dann wird die NGO zu einer politischen Hauptakteurin und wirkt aktiv auf die öffentliche Meinung ein.» Es sei zwar nicht verboten, dass sich eine NGO derart engagiere. Aber auf die Steuerbefreiung müsse sie dann verzichten.

## Mehrere Grenzfälle

Unter den 6000 steuerbefreiten Zürcher Organisationen muss man nicht weit suchen, um weitere mögliche Grenzfälle zu finden. Einer davon ist der Fachverband Fussverkehr Schweiz. Die Organisation ist politisch aktiv und macht daraus kein Geheimnis. So heisst es im Jahresbericht 2024: «Fussverkehr Schweiz versucht, sich auf Bundesebene in politische Prozesse und in die Gestaltung der zukünftigen Mobilität einzubringen.» Auf seiner Website schreibt der Verband: «Wir engagieren uns mit politischen Vorstössen sowie mit Postulaten und Motionen auf nationaler, kantonaler oder kommunaler Ebene.» Präsiert wird Fussverkehr Schweiz von der Zürcher Nationalrätin Marionna Schlatter (Grüne). Ihre Vorstösse im Parlament sind auf der Website von Fussgänger Schweiz direkt verlinkt.

Ist eine Vereinigung, die ihr politisches Engagement so hervorhebt und die von einer Politikerin präsiert wird noch eine NGO oder schon eine Partei? Fussverkehr Schweiz schreibt auf Anfrage, man verfolge keine parteipolitischen oder wirtschaftlichen Interessen. Der Verband bringe sich dort in politische Prozesse ein, wo die fachliche Expertise unmittelbar mit Fragen des Fussverkehrs zusammenhänge.

In Bundesbern fordert die FDP mit einer Motion derweil eine Verschärfung der Regeln. Gemeinnützige Organisationen sollen jährlich eine Steuererklärung einreichen. Sie sollen zudem mit einer Spartenrechnung darlegen, welche Gelder für gemeinnützige Zwecke und welche für andere Aktivitäten eingesetzt wurden. Der Vorstoss ist hängig.

Keinen Handlungsbedarf sieht der Bundesrat: Bei Anzeichen, dass die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt würden, könne der zuständige Kanton eine Steuerbefreiung jederzeit überprüfen. Bei über 6000 Vereinigungen und Gesellschaften alleine im Kanton Zürich dürfte das Risiko allerdings klein sein, je ins Visier der Behörden zu geraten.

# Wohlstand mit Nebenwirkungen

Zürich gilt als eine der lebenswertesten Städte der Welt – das birgt auch Risiken, wie ein «NZZ Podium» zeigt

MICHAEL KYBURZ

Zürich lebt gut – vielleicht zu gut. Die Wirtschaft brummt, die Steuereinnahmen sprudeln, urbanes Leben liegt im Trend, die Lebensqualität ist hoch. Und doch mehren sich die Klagen über Verstopfung und Saturiertheit.

Unter dem Titel «Zürich: beflissen in der Komfortzone» diskutierten am «NZZ Podium» vier profilierte Stimmen zum Thema: die ETH-Dozentin und Stadtplanerin Sibylle Wälty, der SP-Stadtrat Raphael Golta, der Stadtzürcher FDP-Präsident Pärparim Avdili sowie der Verleger und Publizist Markus Somm. Es war das erste Mal, dass Golta und Avdili vor Publikum die Klagen kreuzten. Beide wollen kommenden März die Nachfolge von Corine Mauch im Zürcher Stadtpräsidium antreten. Die Fragen stellte der Moderator Daniel Fritzsche, Ressortleiter Zürich der NZZ.

Sibylle Wälty legte im Impulsreferat die städtebauliche Diagnose vor: Seit Jahrzehnten wächst Zürich stark bei den Arbeitsplätzen, viel weniger aber bei der Wohnbevölkerung. «Wir haben heute in weiten Teilen der Stadt ein Verhältnis von zwanzig zu eins – sehr viel Arbeit, zu wenig Wohnen», sagte sie. Man solle sogenannte «10-Minuten-Nachbarschaft-

ten» fördern, empfahl Wälty: Quartiere, in denen Alltagsbedürfnisse zu Fuss erreichbar sind, getragen von genügend Bewohnerinnen und Bewohnern. Das Instrument sei die Revision der Grundordnung: «Die Bau- und Zonenordnung (BZO) muss festschreiben, dass deutlich mehr Wohnen zulässig ist; sonst verlagern wir die Nachfrage in die Peripherie.»

Das Ziel sei keine «Pantoffelstadt», sondern Dichte mit Lebensqualität – mehr Einwohner in Gehdistanz, ohne die Wirtschaft zu verdrängen. Sie verwies darauf: Die letzte Gesamtrevision datiert von 1999; die BZO-Revision 2026/28 stellt die Weichen. «Wenn wir nicht aufzonen, bleiben Wohnraummangel und steigende Preise – und wir zersiedeln weiter.» Zur Mobilität sagte Wälty: Fussverkehr und gut genutzter öV seien am platzsparendsten. Parkplätze solle man nur aufheben, wenn es Ersatz in Gehdistanz gebe, damit Erdgeschossnutzungen vital blieben.

## Effiziente Nutzung

Der SP-Vertreter Raphael Golta sagte, der Kurs des Stadtrats sei pragmatisch – und setzte Kontrapunkte. Das angestrebte Eins-zu-eins-Verhältnis zwischen Wohnen und Arbeiten hält er für «eine Idee für die grüne Wiese», nicht für die gewach-

sene Stadt. Gleichwohl teilte er das Anliegen kurzer Wege bei der Nahversorgung.

In der Verkehrspolitik argumentierte Golta mit dem knappen öffentlichen Raum: «Wir müssen auf diejenigen Verkehrsmittel setzen, die den Raum effizient nutzen. Das ist nicht das Auto.» Er lehnt moralische Urteile ab; die Priorität für öV und Velo begründe er mit Nützlichkeit. Road-Pricing hielte er für eine sinnvolle Massnahme, es sei aber blockiert.

Ganz generell stehe Zürich vor grossen Herausforderungen. Es gelte, eine gute Durchmischung zu erreichen: «Wir wollen, dass Menschen mit unterschiedlichen Einkommen hier leben können – das ist unsere Ambition.» Zum Finanzplatz sagte er kurz: Man pflegt die Kontakte zu den Banken und Versicherungen; entscheidend sei, auf Veränderungen reagieren zu können.

Thema war auch die Bührle-Sammlung im Kunsthaus. Jüngst war zu lesen, dass die prestigeträchtige Bildersammlung die Stadt verlassen könnte. Golta verwies darauf, dass der Vertrag mit der Bührle-Stiftung sicher bis Ende 2034 gelte. Persönlich fände er es «sehr schade», wenn die Bilder nicht mehr in Zürich zu sehen wären.

Der FDP-Mann Pärparim Avdili zeichnete ein Gegenbild zu Golta: Zürich solle

wieder mehr ermöglichen statt verwalten. Der Wohnraummangel sei «politisch mitverursacht», weil die BZO zwar Potenzial eröffne, dieses aber durch überladene Verfahren und Vorgaben blockiert werde. Seine Partei schlägt Ansätze vor – etwa eine Überdeckung des Gleisfelds beim HB –, vor allem brauche es Tempo und Flexibilität: «Wenn wir den Wohnraum nicht schaffen, folgt in der Konsequenz, dass wir bei der Wirtschaft bremsen müssen – das kann niemand wollen.»

Beim heutigen, links dominierten Stadtrat konstatiert er «Amtsmüdigkeit» und «Verwaltungsaufblähung»: «Wir müssen Prioritäten neu ordnen – weniger Mikromanagement, mehr ermöglichen.» Zur Mobilität sagte er: «Ein Auto ist nicht rechts, ein Velo nicht links. Wir brauchen ein System mit hoher Auslastung – zuerst müssen wir den öV ausbauen.»

Dann erzählte Avdili seine eigene Aufstiegsgeschichte – vom Sohn eines Saisonier-LKW-Fahrers zum Kandidaten für das Stadtpräsidium. Er verband sie mit dem Appell, Chancen für das Gewerbe und neue Tech-Unternehmen zu sichern: «Zürich wäre prädestiniert als Tech-Hub – wir dürfen das nicht verschlafen.»

Markus Somm rückte den Finanzplatz ins Zentrum. Für ihn ist Zürichs Stärke historisch bürgerlich und marktwirt-

schaftlich gewachsen – nicht planwirtschaftlich. Mit Blick auf Goltas Aussagen meinte er: «Wenn ein Politiker von Ambitionen redet, heisst das meistens: planen und intervenieren.» Das Konzept der 10-Minuten-Nachbarschaften nannte er einen «alten Fetisch der Raumplanung».

## «Auto ist Velo überlegen»

Auch die linke Verkehrspolitik sei «bünzlig»: Parkplätze streichen und Autos verdrängen bringe nichts, der Verkehr nehme nicht ab. «Das Auto ist dem Velo überlegen – das zeigt die ganze Welt.» Somm hielt den Finanzplatz für zu wenig umworben: «Die wichtigsten Unternehmen dieser Stadt werden geduldet, nicht hofiert – das muss sich ändern.»

Zürich braucht tiefere Steuern, weniger Regulierung, eine kleinere Verwaltung – «die Verwaltung ist das Klumpenrisiko». Gleichzeitig bekannte sich Somm zur Vielfalt, kritisierte jedoch die soziale Einförmigkeit der urbanen Zentren.

Am Ende der Diskussion wurde klar: Zürich steht bei den kommenden Wahlen und generell vor einer zentralen Entscheidung. Darüber, ob die Stadt ihre Komfortzone nutzt, um die Weichen für die Zukunft zu stellen – oder ob sie bequem darin bleibt.